

SVUE Newsletter 1/2013

Verbandsinterna und Hinweise auf aktuelle Publikationen von FINMA und SBVg - ausschliesslich für Mitglieder

Bahnhofstrasse 70 • Postfach 1130 • CH-8021 Zürich • Telefon: +41(0) 44 387 19 04 • E-Mail info@SVUE.ch

Interna

:: **Generalversammlung vom 10. Juni 2013**

Die Generalversammlung 2013 des SVUE fand am 10. Juni 2013 im Hotel Schweizerhof in Bern statt. Das Protokoll liegt bei. Zudem hat Daniel Roth, Leiter Rechtsdienst EFD, über den Einfluss der aktuellen Regulierungsprojekte auf den Effektenhändler referiert. * [English summary of the Speech of Daniel Roth as well as meeting minutes attached.](#)

Aussenpolitik / International

:: **FATCA – Inkrafttreten auf 1. Juli 2014 verschoben, Registrierungsfristen erstreckt (12.7.2013)**

Mit Notice 2013-43 hat der IRS das Inkrafttreten von FATCA um ein halbes Jahr auf den 1. Juli 2014 verschoben; parallel dazu wurden andere wichtige Stichtage (Steuereinbehalt, Kontenmeldungen, Registrierung) an den neuen Inkrafttretenstermin angepasst.

Das FATCA-Registrierungsportal soll am 19. August 2013 verfügbar sein, verbindliche Registrierungen werden aber erst ab 2014 möglich sein. GIINs werden ab 2014 zugeteilt, die erste Liste von GIINs wird der IRS am 2. Juni 2014 veröffentlichen.

[more \(e\)](#)

:: **Steuerabkommen mit Grossbritannien (05.07.2013)**

Erste Anzeichen bei ausgewählten Banken in der Schweiz zeigen, dass der unversteuerte Anteil britischer Vermögen in der Schweiz tiefer ist als ursprünglich angenommen. Dies vor allem, da viele Kunden den Status von „resident non-domiciled“ besitzen. Diese Kunden sind in Grossbritannien nicht steuerpflichtig und fallen somit nicht unter das Abkommen. Ferner haben zahlreiche britische Kunden die Selbstanzeige gewählt.

[mehr \(d\) / suite \(f\)](#)

:: **Steuerstreit USA (18.06.2013)**

Der Bundesrat will auf Gesetzesstufe die Grundlage zur Bereinigung des Steuerstreits mit den USA schaffen. Gestützt auf die neue gesetzliche Grundlage könnten sämtliche Banken, die ihr Verhältnis mit den US-Behörden bereinigen wollen, mit dem Department of Justice (DoJ) gestützt auf einen vom DoJ vorgegebenen Rahmen zusammenarbeiten und damit einen Schlusstrich unter ihre Vergangenheit ziehen.

Nachdem der Ständerat letzte Woche der «Lex USA» überraschend zugestimmt hatte, hat es der Nationalrat nun abgelehnt, auf die Gesetzesvorlage auch nur einzutreten. Das Stimmenverhältnis lag bei 126 zu 67 Stimmen und 2 Enthaltung.

:: **Weiterentwicklung der Finanzmarktstrategie / Expertenbericht Brunetti (14.06.2013)**

Der Bundesrat ist bereit, im Rahmen der OECD aktiv an der Entwicklung eines globalen Standards für den automatischen Informationsaustausch mitzuarbeiten, der hohen Ansprüchen an die Einhaltung des Spezialitätsprinzips und des Datenschutzes genügt, Reziprozität garantiert und zuverlässige Regeln zur Feststellung der wirtschaftlich Berechtigten bei allen Rechtsformen einschliesslich Trusts und Sitzgesellschaften miterfasst.

Kommt ein solcher Standard zustande und wird er von den G20-Staaten, den OECD- Mitgliedern und allen wichtigen Finanzplätzen der Welt anerkannt und eingeführt, wird der Bundesrat vorschlagen, diesen in das schweizerische Recht aufzunehmen.

[mehr \(d\) / suite \(f\)](#)

:: EU-Steuerrückbehalt für 2012 beträgt 615 Millionen Franken (11.06.2013)

Der Bruttoertrag aus der Erhebung des Steuerrückbehalts auf Zinserträgen von EU-Steuerpflichtigen in der Schweiz für das Steuerjahr 2012 beträgt 615,4 Millionen Franken. Im Vorjahr waren es 506,5 Millionen Franken.

[mehr \(d\) / suite \(f\)](#)

:: Schweiz und USA unterzeichnen Verständigungsvereinbarung zu FATCA-Abkommen (14.02.2013)

Die Schweiz und die USA haben ein Memorandum of Understanding über die Auslegungen des FATCA-Abkommens vom 14. Februar 2013 unterzeichnet.

Die Vereinbarung fasst die Verpflichtungen der Schweizer Finanzinstitute zusammen, hält das Verhältnis zum Qualified Intermediary System fest und bestätigt für unter dem FATCA-Abkommen befreite schweizerische Nutzungsberechtigte die erleichterte Eigendeklaration. Schliesslich wird festgehalten, dass schweizerische Finanzinstitute grundsätzlich Begriffsbestimmungen aus den Ausführungsbestimmungen des US-Finanzministeriums anwenden können, wenn diese gegenüber den Definitionen im FATCA-Abkommen Erleichterungen bringen.

[mehr \(d\) / more \(e\)](#)

:: Quellensteuerabkommen mit Grossbritannien und Österreich treten in Kraft (01.01.2013)

Am 1. Januar 2013 traten die beiden Quellensteuerabkommen der Schweiz mit Grossbritannien und mit Österreich in Kraft. Betroffen sind alle britischen und österreichischen Steuerpflichtigen mit einem Bankkonto oder Wertschriftendepot in der Schweiz. Die Kunden bezahlen entweder eine Quellensteuer, die ihnen direkt vom Konto abgezogen und anonym an ihren Wohnsitzstaat übermittelt wird oder sie müssen ihre Kontodaten offen legen.

[mehr \(d\) / suite \(f\)](#)

Eidgenössische Finanzdepartment (EFD)

:: Bundesrat setzt börsenrechtliche Marktmissbrauchsregeln in Kraft (10.04.2013)

Die Referendumsfrist für die Revision des Börsengesetzes im Bereich der Börsendelikte und des Marktmissbrauchs ist am 17. Januar 2013 ungenutzt abgelaufen. Der Bundesrat hat die Revision der Börsenverordnung, welche die Revision des Börsengesetzes umsetzt, gutgeheissen. Beide Erlasse werden auf den 1. Mai 2013 in Kraft gesetzt.

Im Strafrecht wird insbesondere der Straftatbestand des Insiderhandels ausgedehnt und präzisiert. Das Ausnützen von Insiderinformationen ist neu für jedermann verboten. Insiderhandel und Marktmanipulation werden zudem aufsichtsrechtlich für alle Marktteilnehmerinnen und Marktteilnehmer verboten. Ausnahmen von diesen Verboten werden in der Börsenverordnung abschliessend definiert. Sie betreffen insbesondere den Rückkauf eigener Beteiligungen im Rahmen öffentlicher Rückkaufprogramme und Effektengeschäfte zum Zweck der Preisstabilisierung nach einer öffentlichen Effektenplatzierung. Zudem wird in der Börsenverordnung der bereits bisher anerkannte, jedoch nicht genau definierte Grundsatz «Keiner kann sein eigener Insider sein» kodifiziert. Die in der Börsenverordnung definierten Ausnahmen gelten auch für die Straftatbestände des Insiderhandels und der Kursmanipulation.

[mehr \(d\) / suite \(f\)](#)

:: Bundesgesetz über die kollektiven Kapitalanlagen und Kollektivanlagenverordnung ist in Kraft getreten(01.03.2013)

Anpassung an die AIFM-Richtlinie für den Marktzugang in der EU in den Bereichen Verwaltung, Verwahrung und Vertrieb kollektiver Kapitalanlagen war eines der Hauptziele bei der KAG-Teilrevision.

Es wurde u.a. der Begriff „Vertrieb“ umfassend definiert (Art. 3). Als Vertrieb gilt nun jedes Anbieten und Werben für KKA und zwar für Schweizer KKA, ausländische KKA in und von der Schweiz aus, die sich nicht ausschliesslich an beaufsichtigte Finanzintermediäre wie Banken, Effekthändler, Fondsleitungen und Vermögensverwalter kollektiver Kapitalanlagen sowie Zentralbanken und beaufsichtigte Versicherungseinrichtungen richten.

[mehr \(d\) / Suite \(f\)](#)

:: Bundesrat legt Gesamtschau zur Finanzmarktpolitik vor (19.12.2012)

Der Bundesrat hat eine Gesamtschau zur Finanzmarktpolitik verabschiedet. Darin enthalten sind gemäss Bundesrat Massnahmen, mit denen die Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes gestärkt und Missbräuche gezielter bekämpft werden.

[mehr \(d\) / suite \(f\)](#)

Eidgenössische Finanzmarktaufsicht (FINMA)

:: FINMA unterzeichnet Kooperationsvereinbarungen mit 28 EU- und EWR-Staaten (26.07.2013)

Die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht FINMA unterzeichnete mit den Aufsichtsbehörden von 28 EU- und EWR-Mitgliedstaaten Kooperationsvereinbarungen. Diese regeln die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch bei der Aufsicht von Managern alternativer Investmentfonds. Die Vereinbarungen sind eine der Bedingungen dafür, dass die Verwaltung von europäischen alternativen Investmentfonds an Schweizer Asset Manager delegiert werden darf oder der Vertrieb alternativer Investmentfonds in EU-Mitgliedstaaten an professionelle Anleger möglich ist. Sie treten am 22. Juli 2013 in Kraft.

[mehr \(d\) / suite \(f\)](#)

:: Revision Rundschreiben 2009/1 Eckwerte zur Vermögensverwaltung Limitierung gruppeninterner Positionen - Banken (27.06.2013)

Die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht FINMA revidierte das Rundschreiben "Eckwerte zur Vermögensverwaltung". Das angepasste Rundschreiben präzisiert die Pflichten der Vermögensverwalter im Umgang mit Kunden. Es berücksichtigt insbesondere die jüngste Rechtsprechung des Bundesgerichts und die Revision des Kollektivanlagengesetzes. Das revidierte Rundschreiben ist seit dem 1. Juli 2013 in Kraft.

[mehr \(d\) / suite \(f\)](#)

:: Rundschreiben 2013/7 Limitierung gruppeninterner Positionen - Banken (29.05.2013)

Ist eine Bank oder ein Effekthändler Teil einer Finanzgruppe oder eines Finanzkonglomerats, welches einer angemessenen konsolidierten Aufsicht untersteht, so können gruppeninterne Positionen unter gewissen Bedingungen von der Obergrenze nach Art. 99 Abs. 1 der Eigenmittelverordnung (ERV; SR 952.03) ausgenommen werden. Das Rundschreiben ist seit 1. Juli 2013 in Kraft.

[mehr \(d\) / suite \(f\)](#)

:: Änderungen im Verwaltungsrat der FINMA (19.12.2012/08.05.2013/26.06.2013)

Der Bundesrat hat Günter Pleines, Leiter der Bankabteilung der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), per 1. Mai 2013 für den Rest der laufenden Amtsperiode 2012 – 2015 in den Verwaltungsrat der FINMA gewählt.

Eugenio Brianti wird sein Amt als Verwaltungsrat der FINMA per Ende Juni 2013 aus beruflichen Gründen niederlegen. Der FINMA-Verwaltungsrat verfügt auch nach dem Ausscheiden von Eugenio Brianti über die erforderliche Anzahl von mindestens sieben (maximal neun) Mitgliedern.

Der Bundesrat hat Bruno Frick als Nachfolger von Eugenio Brianti zum Verwaltungsrat der FINMA ernannt. Der selbständige Rechtsanwalt und Notar vertrat lange Jahre den Kanton Schwyz im Ständerat. Daneben wirkte Bruno Frick als Verwaltungsrat in verschiedenen Bereichen. Seine Mandate in der Finanzbranche wird er mit seiner Wahl zum Verwaltungsrat der FINMA niederlegen. Dies betrifft insbesondere die Sitze im Verwaltungsrat der Swica Versicherungsgesellschaft, im Verein zur Qualitätssicherung von Finanzdienstleistungen VQF sowie in verschiedenen Vermögensverwaltungsgesellschaften.

[mehr \(d\) / suite \(f\)](#)

:: Jahresbericht 2012 (26.03.2013)

Die FINMA hat Ihren Jahresbericht 2012 veröffentlicht.

[mehr \(d\) / suite \(f\)](#)

:: Kollektivanlagen-Konkursverordnung tritt in Kraft (01.03.2013)

Die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht FINMA setzt am 1. März 2013 die Kollektivanlagen-Konkursverordnung-FINMA in Kraft. Die neue Verordnung konkretisiert die konkursrechtlichen Bestimmungen des Kollektivanlagengesetzes und legt fest, wie Konkursverfahren durchgeführt werden. Sie soll die Handlungsoptionen und Verfahrensschritte der FINMA im Rahmen einer Konkursabwicklung transparenter gestalten. Der SFA passt seine Musterdokumentation entsprechend an.

[mehr \(d\) / suite \(f\)](#)

:: Rundschreiben 2013/1 „Anrechenbare Eigenmittel“ tritt in Kraft (01.03.2013)

Die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht FINMA setzt am 1. März 2013 die Berichterstattung zur kurzfristigen Liquiditätsquote und qualitative Anforderungen an das Liquiditätsrisikomanagement in Kraft.

[mehr \(d\) / suite \(f\)](#)

Schweizerische Bankiervereinigung (SwissBanking)

:: Empfehlung zur Vermögensverwaltung gemäss Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (04.07.2013)

Die Schweizerische Bankiervereinigung hat in Zusammenarbeit mit der Konferenz der Kantone für Kindes- und Erwachsenenschutz (KOKES) Empfehlungen sowie Musterformulare zur Vermögensverwaltung gemäss Kindes- und erwachsenenschutzrecht herausgegeben.

[mehr \(d\)](#)

:: Schweizerischer Bankenobudsmann – neue Reglemente (04.07.2013)

An der Medienkonferenz vom 4. Juli 2014 hat der Schweizer Bankenombudsmann neben dem Jahresbericht die folgenden neuen Reglemente veröffentlicht:

- Verfahrensordnung für den Schweizerischen Bankenobudsmann
- Reglement betreffend Interessenkonflikte

[mehr \(d\) / suite \(f\)](#)

:: Vernehmlassungsantworten

SwissBanking hat u.a. zu den folgenden nationalen und internationalen Regulierungsvorhaben Stellung genommen:

Eidgenössisches Finanzdepartement /FINMA

- Anhörung zur Finanzplatzstrategie – Erweiterte Sorgfaltspflichten zur Verhinderung der Annahme unversteuerter Gelder; Änderung des Geldwäschereigesetzes (28.06.2013) [mehr \(d\)](#)

- Anhörung zur Teilrevision des FINMA Rundschreibens 2008/21 „Operationelle Risiken Banken“ (27.06.2013) [mehr \(d\)](#)

- Anhörung zu neuen Rundschreiben „Vertrieb kollektiver Kapitalanlagen“ (03.06.2013) [mehr \(d\)](#)

Staatssekretariat für internationale Finanzfragen

- FATCA-Abkommen und Entwurf des geplanten Bundesgesetzes betreffend die Umsetzung des FATCA-Abkommens (Umsetzungsgesetz) (15.03.2013) [mehr \(d\)](#)